

1 Entwicklungspolitischer Verantwortung gerecht werden

Fragen des VEN an die Parteien:

- 1 Inwiefern und mit welchen Instrumenten werden Sie die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien überprüfen und bewerten?
- 2 Was werden Sie unternehmen, dass die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien langfristig, auch nach der Landtagswahl, sichergestellt ist?

Das sagen die Parteien (Zusammenfassung):

Die **SPD** möchte den angefangenen Prozess der Entwicklungspolitischen Leitlinien in Niedersachsen „in Kontakt mit Vereinen und Verbänden“ fortentwickeln.

Bündnis 90/Die Grünen wollen sich für eine Weiterentwicklung der Entwicklungspolitischen Leitlinien unter Beteiligung der Ministerien und Zivilgesellschaft einsetzen. Außerdem möchten sie die Umsetzung der Leitlinien in die Koalitionsverhandlungen einbringen.

Die **CDU** verortet die Entwicklungszusammenarbeit vorrangig bei der EU und sieht die Aufgabe Niedersachsens darin, „flankierende Ansätze“ zu setzen. Sofern nötig werden sie die Entwicklungspolitischen Leitlinien mit entwicklungspolitischen Akteur*innen bewerten.

Die **FDP** sieht die entwicklungspolitische „Prioritätensetzung“ auf Bundes- und EU-Ebene und wird die Umsetzung der niedersächsischen Entwicklungspolitischen Leitlinien „überprüfen und bewerten“.

Die Parteien im Wortlaut:

SPD

Entwicklungspolitik bedeutet für die SPD eine Strategie für Frieden und für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung. Der Prozess, der zu einer solchen gerechten Verteilung führen soll, kann nur unter Einbeziehung der Menschen erfolgen, zumal bislang ein großer Teil der Entwicklungshilfe sowie die Entwicklung von Projekten von ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern angestoßen wird.

Wir haben in einem offenen Verfahren Ideen und Konzepte für die Querschnittsaufgabe der Entwicklungspolitik in den verschiedenen Bereichen Frieden, Gerechtigkeit, Umweltschutz und Gleichberechtigung in einem Dialogprozess entwickelt und letztlich die entwicklungspolitischen Leitlinien verabschiedet. Seit April 2016 wird unter Federführung der Staatskanzlei diese Leitlinie in Zusammenarbeit mit verschiedensten Akteurinnen und Akteuren auf Umsetzung und Fortschreibung überprüft. An diesem Verfahren soll auch in Zukunft festgehalten werden, sodass wir weiterhin in Kontakt mit Vereinen und Verbänden die Entwicklungspolitik in Niedersachsen fortentwickeln wollen.

Bündnis 90/Die Grünen

Antwort 1: Auf Initiative von uns GRÜNEN hat Niedersachsen erstmals „Entwicklungspolitische Leitlinien“ verabschiedet. Gemeinsam mit vielen gesellschaftlichen Akteuren sind so Grundsätze entstanden, anhand derer die globalen Auswirkungen von Entscheidungen der Landesregierung und unseres Lebensstils immer wieder kritisch überprüft werden sollen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Leitlinien sowohl in der Zusammenarbeit zwischen Ministerien und Zivilgesellschaft als auch im Dialog mit der Politik weiterentwickelt werden.

Antwort 2: Für die Umsetzung von Vorhaben, die nicht zu Pflichtaufgaben der Landesregierung gehören, ist der politische Wille entscheidend: Sollten GRÜNE wieder mitregieren, werden wir die weitere Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien in Koalitionsverhandlungen einbringen.

CDU

Antwort 1: Die Entwicklungszusammenarbeit sollte zukünftig vorrangig durch die EU koordiniert werden. Allein die Erhöhung des Finanzvolumens war in der Vergangenheit nur teilweise erfolgreich. Die deutsche Entwicklungspolitik, einschließlich flankierender Ansätze aus Niedersachsen, muss sich stärker auf die Unterstützung in den Bereichen der Wasser-, Nahrungs- und Energiesicherheit konzentrieren. Zu Bekämpfung der Fluchtursachen werden wir den Einsatz der Landesmittel auf die wirtschafts- und entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Hauptherkunftsländern und Haupttransitstaaten von Flüchtlingen konzentrieren.

Antwort 2: Die CDU ist zuversichtlich, dass mithilfe der oben skizzierten neuen Weichenstellungen die Entwicklungspolitik langfristig erfolgreich gestaltet werden. Sofern hierzu die Entwicklungspolitischen Leitlinien angepasst werden müssen, werden wir sie in enger Abstimmung mit dem Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen und weiteren in der Entwicklungspolitik aktiven Akteuren, insbesondere Nicht-Regierungs-Organisationen, evaluieren.

FDP

Antwort 1: Wir Frei Demokraten begrüßen die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs), die einen überprüfbaren Zielkatalog auf dem Weg zu besseren Lebensverhältnissen weltweit bieten. Wir begrüßen, dass die SDGs global gelten, also für Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer. Die allzu große Zahl von 17 Zielen mit vielen Unterzeilen und Indikatoren dagegen sehen wir gerade im Vergleich zu den acht knapp und klar gefassten Millenniumsentwicklungszielen kritisch. Die Prioritätensetzung muss daher national und europäisch erfolgen. Vor diesem Hintergrund werden wir die Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien überprüfen und bewerten.

Antwort 2: Wir Freien Demokraten sind überzeugt, dass Krieg Terror, Gewalt und Ressourcen-Raubbau sowie Menschenrechtsverletzungen, Korruption und verantwortungslose Regierungsführung nachhaltige Entwicklung verhindern. Flucht und Vertreibung sind die bekannten Folgen. Gerade aus diesem Grund liegt eine Neuorientierung der globalen Entwicklungspolitik auch im deutschen und europäischen Interesse. Deshalb fordern wir, die inner- wie zwischenstaatliche Entwicklungszusammenarbeit konsequent in den Dienst von Krisenprävention und Konfliktbewältigung zu stellen; in den am wenigsten entwickelten Ländern (LLDCs) geht es auch um eine Verbesserung der humanitären Situation. Daraus ergeben sich aus unserer Sicht folgende Prioritäten:

- Gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung;
- Förderung von Wirtschaftswachstum, Abbau von Handelshemmnissen und erleichterter Marktzugang für Schwellenländer (Ziel: „Trade not aid“);
- In den LLDCs: Verbesserter Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung für Frauen v.a. im Zusammenhang mit Familienplanung und Geburten (ex-MDG 5).

Erwartungen des VEN an die neue Landesregierung:

Der VEN erwartet von der Landespolitik eine konsequente Ausrichtung Ihrer Politik an der globalen Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen (Agenda 2030) und den darin enthaltenen 17 globalen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals/SDGs). Dafür müssen sowohl die Niedersächsische Nachhaltigkeitsstrategie als auch die Entwicklungspolitischen Leitlinien gemeinsam prioritär behandelt und fortgeführt werden. Der VEN erwartet, dass beide Prozesse auch nach der Landtagswahl unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und weiteren Akteur*innen fortgesetzt werden. Die Einrichtung eines Beirats zur Niedersächsischen Nachhaltigkeitsstrategie begrüßt der VEN deshalb ausdrücklich. Ziel sollte die institutionelle Verankerung einer kohärenten Nachhaltigkeits-, bzw. Entwicklungspolitik in allen Landeseinrichtungen sein. Hilfreich wäre dafür ein Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung, wie er auf Bundesebene existiert.